

Amtsausschuss Büchen

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses des Amtes Büchen

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Amtes Büchen am Dienstag, den 01.11.2022; Sitzungssaal des Bürgerhauses, Amtsplatz 1, 21514 Büchen

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Borchers, Jürgen

Bürgermeister

Dehr, Detlef

Gabriel, Dennis

Gemeindevertreter

Lempges, Jürgen

Melsbach, Thorsten

Persönlicher Vertreter

Schmidt, Florian

Gäste

Kelling, Simone

Verwaltung

Möller, Uwe

Volkening, Tanja

Schriftführer

Hoffmann, Paul

Schriftführerin

Kriegs, Christina

Abwesend waren:

Bürgermeister

Koring, Stefan

Gemeindevertreter

Pigorsch, Willi

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Niederschrift der letzten Sitzung
- 3) Einwohnerfragestunde
- 4) Bericht Verwaltungsleitung
- 5) Neubau Breslauer Ring 9
- 6) 2. Nachtragshaushalt 2022
- 7) Haushaltssatzung und -plan 2023
- 8) Verschiedenes

Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil

1) **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Borchers eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2) **Niederschrift der letzten Sitzung**

Gegen die Niederschrift der vergangenen Sitzung erheben sich keine Einwände.

3) **Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Wortmeldungen.

4) **Bericht Verwaltungsleitung**

Frau Volkening berichtet, dass eine Verdreifachung der Anträge Wohngeld Plus zu erwarten ist. Es soll eine zusätzliche Stelle zum Abarbeiten der Wohngeldanträge geschaffen werden. Ob es eine Teilzeit oder Vollzeitstelle wird, steht noch nicht fest. Alleine im vergangenen Jahr gab es 300 Wohngeldanträge. Wie Frau Volkening berichtet, wird es mit dem derzeitigen Personal nicht zu schaffen sein. Derzeit wird eine Praktikantin im Bürgerservice eingearbeitet, um die Mitarbeiterinnen zur Bearbeitung des Wohngeldes freizuhalten.

Die öffentlich-rechtlichen Verträge mit dem Kreis, werden um weitere 5 Jahre verlängert. Die Entscheidung erfolgt durch den Amtsausschuss.

Die neue Hauptsatzung des Amtes wurde vom Kreis genehmigt und wird jetzt bekannt gemacht.

Der Kreis gibt im Jahr 2023 1 Millionen Euro für Gemeinde-Verbindungsstraßen. Anträge können ab sofort gestellt werden. Tobias Schmidt wird auf die Gemeinden zukommen.

5) **Neubau Breslauer Ring 9**

Wie Herr Möller berichtet, ist die Zustimmung des Kreises für die Bauvoranfrage da. Das geplante Bauvorhaben kann dort so umgesetzt werden und der Bauantrag wird nun zusammengestellt.

6) 2. Nachtragshaushalt 2022

Frau Volkening stellt den Tagesordnungspunkt 6 vor.

Mit dem 2. Nachtragshaushalt werden die Einnahmen und Ausgaben an das laufende Jahr angepasst.

Es kam im Verwaltungshaushalt zu 815.000 € Mehreinnahmen und 835.600 € Wenigereinnahmen.

Wesentliche Veränderungen bei den Mehreinnahmen liegen im Bereich der Mieterstattung für Flüchtlinge (+189.900), Flüchtlingsbetreuung (+ ca. 100.000) und im Kita-Bereich mit ca. 500.000 €.

Die wesentlichen Bereiche bei den Wenigereinnahmen liegen im Bereich allgemeine Finanzwirtschaft. Es erfolgt keine Zuführung vom Vermögenshaushalt (-356.300) und die Kita-Umlage wurde korrigiert (-431.600).

Im Verwaltungshaushalt kam es zu 208.100 € an Mehrausgaben und 228.700 € an Wenigerausgaben.

Die Mehrausgaben ergeben sich u.a. aus den Bereichen dezentrale Anmietung zur Flüchtlingsunterbringung (+75.000) und im Kita-Bereich (77.000).

Die Wenigerausgaben bei der Pflichtzuführung zum Vermögenshaushalt durch geringere Abschreibungswerte (139.900)

Im Vermögenshaushalt kam es durch den Zuschuss zum Mobilitätskonzept zu einer Mehreinnahme in Höhe von 30.000 €. Mindereinnahmen in Höhe von 139.900 € resultieren aus der geringeren Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt.

Die Mehrausgaben (838.800) und die Wenigerausgaben (947.800) resultieren zu überwiegendem Teil aus Umbuchungen. Der Grundstückserwerb Hauptstraße 5 in Gudow, Am Sande 16 in Müßen und Querweg 1 in Büchen (insgesamt 550.600) wurden auf einzelne HHST umbucht. Auch der Erwerb und die Ausstattung der Containeranlagen (280.200) wurde auf getrennte HHST aufgeteilt. Als weitere Wenigerausgabe fällt die gestrichene Zuführung zum Verwaltungshaushalt (356.300) ins Gewicht.

Insgesamt erhöhen sich die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt um 20.600 €. Im Vermögenshaushalt reduzieren sich die Einnahmen und Ausgaben um 109.000 €.

Der Verwaltungsausschuss des Amtes empfiehlt dem Amtsausschuss folgenden Beschluss.

Beschluss:

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan und den vorgeschriebenen Anlagen für das Haushaltsjahr 2022 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmung:

Ja: 6

Nein: 0

Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

7) Haushaltssatzung und -plan 2023

Frau Volkening stellt den Tagesordnungspunkt 7 vor.

Der vorliegende Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 sieht im Verwaltungshaushalt Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 11.920.600 € vor. Die Festsetzungen für den Vermögenshaushalt sehen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 1.195.300 € vor. Es sind Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 608.500 € festgesetzt. Die Amtsumlage steigt auf 20 %. (2021:19%, 2022:17,5%)

Wesentliche Veränderung im Verwaltungshaushalt ist der Anstieg des Verwaltungskostenbeitrages um ca. 600.000 €, hauptsächlich im Bereich der Personalkosten. Dabei fallen bereits 125.000 € auf eine geplante Tarifsteigerung von 5%. Die weiteren Personalkosten resultieren aus der Rückkehr von zwei Langzeiterkrankten (113.700), Nachbesetzung in der Steuerabteilung (91.500), Stundenaufstockung im Sozialamt (25.400), neue Stelle in der Bauleitplanung (73.900), neue Stelle im technischen Bereich (50.800). Hinzu entfällt ab 2023 die Erstattung für eine Beschäftigte im Bereich SüVO (72.000).

Im Vermögenshaushalt stehen den Kosten für den Neubau Breslauer Ring 9 (400.000) und Am Sande 16 in Müssen (200.000) einer Kreditaufnahme in Höhe von 608.500 € gegenüber.

Der Haushalt 2023 schließt zunächst mit einer Zuführung in die allgemeine Rücklage in Höhe von 11.000 € ab.

Der Verwaltungsausschuss des Amtes empfiehlt dem Amtsausschuss folgenden Beschluss.

Beschluss:

Die vorliegende Haushaltssatzung 2023 mit dem entsprechenden Haushaltsplan 2023 und den vorgeschriebenen Anlagen wird beschlossen.

Abstimmung: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

8) Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Fragen.

.....
Jürgen Borchers
Vorsitzender

.....
Paul Hoffmann Christina Kriegs
Schriftführung